



Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 1 (Innenstadt)

Geschäftsführung
Frau Brohl

Telefon: (0221) 221-91709

E-Mail: Andrea.brohl@stadt-koeln.de

Datum: 14.02.2024

Niederschrift

über die **Sondersitzung der Bezirksvertretung Innenstadt** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 15.01.2024, 18:00 Uhr bis 20:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Bezirksbürgermeister Andreas Hupke	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Antje Kosubek	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Günter Leitner	CDU
Herr Alicem Polat	SPD
Frau Karin Roggenbrodt	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Elmar Spilles	CDU
Frau Julie Cazier	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Martin Herndorf	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Klaus Vinçon	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Tim Cremer	SPD
Frau Dr. Regina Börschel	SPD
Herr Mario Schmitz	CDU
Frau Gunda Wienke	DIE LINKE
Herr Michael Scheffer	DIE LINKE
Herr Christian Nüsser	FDP
Frau Dr. Verena Holzer-Henke	Klima Freunde

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Dirk Michel	CDU
Herr Hans Schwanitz	GRÜNE
Herr Florian Weber	CDU

Verwaltung

Herr Dr. Ulrich Höver

Schriftführung

Frau Andrea Brohl

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder der Bezirksvertretung

Herr Ismail Arabaci	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Stefan Fischer	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Sabine Kader	Die PARTEI

Ratsmitglieder mit beratender Stimme, § 36 Abs. 6 Satz 1 Gemeindeordnung NRW

Herr Ulrich Breite	FDP
Herr Manuel Froh	Volt
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Frau Maria Helmis-Arend	SPD
Frau Derya Karadag	GRÜNE
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Herr Lukas Lorenz	SPD
Herr Mario Michalak	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Floris Rudolph	GRÜNE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Ralph Sterck	FDP
Herr Artur Tybussek	CDU

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Frau Maria Flöge-Becker

Gäste

Frau Ute Palm auf Vorschlag Arbeitskreises Barrierefreies Köln

Herr Bezirksbürgermeister Hupke eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, insbesondere die Gäste der Karnevalsgesellschaft Die Grosse von 1823 e.V. mit Präsident Prof. Dr. Dr. Zöller, Laura Günther und Ralf Becker - Firma handevent 7-Veranstaltungsleitung, Polizei mit Wolfgang Witt und Thorsten Helmers, Elfi Scho-Antwerpes für die Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik, Mathias Eiting – Wirtegemeinschaft Schaafenstraße und Uwe Weiler – Geschäftsführer Cologne Pride e.V. sowie von der Verwaltung Daniel Kölle-Stabsstelle Events, Horst Janke – Amt für öffentliche Ordnung – und Roman Weirich – Bezirksjugendpfleger, die Ratsmitglieder Hans Schwanz B90/Die Grünen sowie Florian Weber CDU und zahlreiche Zuschauer.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung von Frau Karin Roggenbrodt, B90/Die Grünen

1 Bühne Weiberfastnacht am Hohenstaufenring

I. Öffentlicher Teil

Verpflichtung von Frau Karin Roggenbrodt, B90/Die Grünen

Herr Bezirksbürgermeister Hupke verpflichtet Frau Karin Roggenbrodt, B90/Die Grünen, als Mitglied der Bezirksvertretung und heißt sie herzlich in der Bezirksvertretung willkommen.

1 Bühne Weiberfastnacht am Hohenstaufering

Prof. Dr. Dr. Zöller, Präsident der Karnevalsgesellschaft Die Grosse von 1823 e.V., stellt das Konzept „Karneval open ring“ vor. Ziel der Veranstaltung sei eine weitere Entlastung für das Zülpicher Viertel am Hohenstaufering zwischen Schaafenstraße und Schaevenstraße zu schaffen. Dieses Pilotprojekt müsse anschließend evaluiert werden. Mit drei intelligent bespielten Bühnen sollen die Jugendlichen ungefähr 2-3 Stunden gebunden und langsam durch den Hohenstaufering in Form einer Einbahnstraße geleitet werden. Die Veranstaltungsfläche ist frei zugänglich, das Sicherheitskonzept, das auch dem Schutz der Anwohner diene, sei mit Polizei, Feuerwehr und Ordnungsamt kooperativ besprochen, kleine Details in der Klärung. Durch das Programm mit DJ's und Newcomer-Bands und absichtlich ohne TOP-Bands führe Estella Mazur, eine junge Moderatorin des WDR.

Frau Günther und Herr Becker, handevent 7, stellen das Sicherheitskonzept anhand einer Präsentation vor. Die Bespielung soll auf dem Hohenstaufering zwischen Schaafenstraße und Schaevenstraße erfolgen. Die Herausforderung liege nicht auf dem Bühnenprogramm, sondern bei der Sicherheit der Feiernden, dem Schutz der Anwohner und der sicheren Lenkung der Besucherströme. Die Fläche biete für maximal 7.500 Personen Platz, bei 5.000 Personen werde bereits eine Reduzierung vorgenommen. Die Personenströme kämen hauptsächlich vom Rudolfplatz und würden mittels LED-Bändern zur Fläche gelenkt oder Richtung Lindenstraße abgeführt. Es gebe zwei kleine Veranstaltungsflächen (3x3 m) und eine etwas größere Veranstaltungsfläche (8x4 m) die wechselnd, je nach Besucherdruck bespielt werden, um damit das Publikum zu lenken. Das Programm könne jederzeit abgebrochen werden. Das gesamte Areal werde mit Kameras erfasst, um frühzeitig reagieren zu können. An den Eingängen gebe es eine Glasabgabe, an den Ausschankwagen können Bier und alkoholfreie Getränke - aber keine harten alkoholischen Getränke - erworben werden. Toilettenanlagen seien vorhanden. Im Bereich Rudolfplatz gebe es eine Pufferzone, die ca. 6.000 Personen fasse und Richtung Zülpicher Platz eine Evakuierungsfläche. 85 Personen sind im Sicherheitsdienst und 45 im Rettungsdienst tätig. Die Einlasssituation soll von 5,5 m hohen Toren überblickt werden. Alle Zäune werden ballastiert, so dass sie bei Druck Stand halten. Die Schaafenstraße sei für den KfZ-Verkehr beidseitig gesperrt, vom Hohenstaufering in die Schaafenstraße gebe es eine Personensperre. Ab 5 Uhr soll die Schaafenstraße Ecke Mauritiuswall gesperrt werden, dort könne Einlass nach Sichtung gewährt werden, Personen, die andere Dinge vorhaben, soll kein Zugang gewährt werden. In diesem Bereich werde verstärkt mit Security gearbeitet. Die Ableitung der Besucherströme erfolge in die Lindenstraße.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, dankt für die Vorstellung des soliden Konzeptes für diese sehr komplexe Aufgabe. Er fragt, ob der Veranstalter in der Abstimmung mit der Wirtegemeinschaft Schaafenstraße sei, wie die Stadt dies schon früh zugesagt habe oder ob diese dann doch erst recht spät stattgefunden habe. Weiter stellt er die Frage, ob man aus der Schaafenstraße auf den Hohenstaufering gehen könne oder

dies durch die Sperre verhindert werde und ob durch die Schaafenstraße eine Entfluchtung Richtung Ring geplant sei. Er weist darauf hin, dass die Schaafenstraße zwischen Ring und Mauritiuswall voll mit Menschen sei und eine Entfluchtung in diese Richtung keine gute Idee sei. Außerdem würde dies den Raum einschränken, den die Queere Community an diesem Tag zum Feiern habe.

Herr Prof. Dr. Dr. Zöller führt aus, dass die Problematik der Schutzzone Schaafenstraße schon seit Jahren bestehe und bisher nicht zufriedenstellend gelöst worden sei. Durch die neue Veranstaltung könne am Eingang zur Schaafenstraße niemand reingehen. Um weitere Verbesserungen zu erzielen, müssten diese in einem größeren Bereich durch die Stadtverwaltung erfolgen. Das erste Gespräch mit der Wirtegemeinschaft habe in der letzten Woche stattgefunden, den Auftrag habe man erst vor drei Wochen erhalten. Herr Becker ergänzt, dass aus der Schaafenstraße Personen auf das Veranstaltungsgelände gelangen können. Zufahrtswege erfolgen über den Hohenstaufenring.

Herr Cremer, SPD, dankt Herrn Prof. Zöller und der Eventfirma, dass sie sich der Verantwortung stellen. Die Präsentation gehe annähernd in die Richtung, wie die SPD sich dies gewünscht hätte, jedoch halte er die Debattenkultur für nicht ausreichend, um eine solche Veranstaltung auf die Beine zu stellen. Auch die Veranstaltung selber halte er bei der Menge der Menschen für nicht ausreichend, sie verlagere möglicherweise nur die Probleme. Frau Oberbürgermeisterin Reker habe seit den fürchterlichen Exzessen in der Südstadt den Runden Tisch Karneval wieder einberufen. Er fragt sich, warum über die Bühne nicht vorher gesprochen wurde, obwohl die Bezirksvertretung seit Jahren Entlastungen fordere.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke weist auf die Menschen im Veedel und den Veedelsbeirat hin, der Alternativen gefordert und die Ringe als gute Alternative angeführt habe. Dieser habe beschlossen, dass die Bezirksvertretung eine Rechtsberatung mit der Option auf Klage zu der Frage beschließen sollen, ob der Grüngürtel weiterhin als Ausweichfläche benutzt werden dürfe. Er betont, dass die Veranstalter der Veranstaltung am Hohenstaufenring nicht für die Gesamtsituation verantwortlich seien.

Herr Leitner, CDU, erinnert an den Beschluss der Bezirksvertretung, Ausweichstätten zu suchen. Nun sei eine Ausweichstätte gefunden worden und es sollte nicht um den zeitlichen Vorlauf gehen. Er sei dankbar und froh über das Angebot. Wenn die Schaafenstraße vorne zugemacht werde, laufe man Gefahr, dass die Menschen vom Neumarkt in die Schaafenstraße als Sackgasse herein- und wieder zurücklaufen müssen, was zu aggressivem Verhalten führen könne. Man müsse sich bei der Pufferzone am Rudolfplatz darüber im Klaren sein, dass dort Straßenbahnen fahren. Wie werden die Tunnel der KVB geschützt? Den Standort der Veranstaltung und das Ziel, die Zülpicher Straße ein Stück weit zu entlasten, begrüße er sehr.

Herr Prof. Dr. Dr. Zöller und Frau Günther führen aus, dass sich auf dem Gelände 5.000 bis 7.500 Menschen aufhalten können, die aber nach 2 Stunden durchgeleitet werden sollen, sodass sich über den Tag verteilt insgesamt 20.000 bis 25.000 Menschen dort aufhalten können. Es handele sich um ein Pilotprojekt und nicht um eine Lösung für das Zülpicher Viertel, dies könne mit einem Platz von 160 m x 35 m nicht erreicht werden. Die Schaafenstraße solle zum Mauritiuswall eine Einbahnstraße sein, sodass der westliche Teil der Schaafenstraße geschützt sei. Auf der Pufferzone zwischen Rudolfplatz und Ring könnten bis zu 6.000 Menschen untergebracht werden, das Ziel sei aber eine permanente Ableitung und nicht der Aufenthalt dort, sodass die KVB dort weiterhin fahren könne. Auch am Rudolfplatz gebe es Sicherheitskräfte. Es sei klar festgelegt, dass bei einem Überlauf der Pufferzone, die Veranstaltung abgebrochen werde, da gewährleistet sein müsse, dass die KVB fahren könne.

Frau Wienke, Die Linke, fragt wie die Flächen intelligent bespielt werden und wie festgestellt werde, wann welche Flächen ausgelastet seien, etwa durch KI. Sie möge die

Art, wie dort Karneval gefeiert werde, nicht. Man müsse dazu kommen, dass Kölner den Karneval feiern und nicht, dass dies eine internationale Veranstaltung werde, die immer mehr Leute anziehe. Es sei keine Marketingveranstaltung. Sie fragt, wie die Anwohner zu ihren Wohnungen gelangen, ob sie Pässe haben und entschädigt werden. Sie schlägt vor, dass die Veranstaltungsfläche am Salzburger Weg, die mit 8,5 ha für 50.000 Menschen Platz biete und gut erreichbar sei, genutzt werde.

Herr Prof. Dr. Dr. Zöllner gibt zu bedenken, dass solchen Vorschlägen die Jugend nicht folgen werden, weil die Zülpi Kult sei.

Herr Becker führt aus, dass nicht mit Drohnen gearbeitet werde. Es gebe zentrale Systeme mit einzelnen Türmen, wo man sich ein Gesamtbild mache. Die Informationen werden an die Koordinierungsstelle und den mobilen Sicherheitsdienst weitergegeben, um eingreifen zu können. Mit Lautstärke werde auf die Verweildauer eingewirkt. Es sei keine parallele Veranstaltung, sondern eine Pufferzone, wo etwas Druck auf das Viertel abgeleitet und u.U. 7.500 Personen gebunden werden können. Anwohner erhalten ein Einwurfsschreiben, es stehe eine mobile Hotline zur Verfügung.

Herr Janke ergänzt, dass für Menschen, die sich nicht mit ihrem Personalausweis ausweisen möchten, auch eine Lösung gefunden werde, wie schon auf der Zülpicher Straße.

Herr Nüsser, FDP, dankt, dass sich jemand traut an diesem Tag eine Veranstaltung durchzuführen. Er kann sich – auch im Hinblick auf die häufige Diskussion zu Ausweichflächen – nicht vorstellen, dass eine Entscheidung per Dringlichkeit erfolgen musste. Er fragt, wie flexibel die drei bespielten Bühnen seien und wie An- und Abfahrt der Künstler sowie Auf- und Abbau der Technik funktioniere, wie man auf eine Verweildauer von zwei bis drei Stunden komme und dass das so gesteuert werden könne. Ist die Schaafenstraße am Westzugang als Einbahnstraße erkennbar und wie ist die Regelung am Ostzugang? Sind die Zäune an den Ausweichflächen ballastiert?

Die Künstleranfahrt kann nach Auskunft von Herrn Becker über die Rubensstraße oder die Schaevenstraße erfolgen. Das Verhalten des Publikums sei schwer einschätzbar. Mit dem Programm auf drei Bühnen versuche man die Besucherströme zu lenken, könne Zonen attraktiver gestalten oder breche das Pilotprojekt notfalls ab. Frau Günther ergänzt, dass man am Zugang Schaafenstraße mit in sich verschiebbaren beplanten Zäunen arbeite.

Frau Scho-Antwerpes, Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik, begrüßt die ergänzende Veranstaltung am Hohenstaufenring und erinnert an die damalige Veranstaltung „Keine Kurzen für Kurze“ auf dem Neumarkt, die die Stadt aus Kostengründen (50.000 €) gecancelt habe. Frau Oberbürgermeisterin Reker habe die StadtAG Queerpolitik am 23.11.2023 geleitet und einen Kontakt mit der Wirtegemeinschaft versprochen. Dieser sei nicht erfolgt. Sie fragt, warum beispielsweise Streetworker und Kölle Alarm nicht beteiligt seien und bietet ihre Unterstützung an. Sie fragt sich wie ein kontrollierter Zugang zur Schaafenstraße erfolgen soll und betont, dass die Schaafenstraße kein Schutzraum, sondern ein geschützter Raum für die Menschen, die sich dort wohlfühlen, sei. Es gebe dort zunehmend Zwischenfälle. Die Polizei sei zunehmend „Reparaturwerkstatt“ für das unterbesetzte Ordnungsamt.

Herr Prof. Dr. Dr. Zöllner nimmt die Anregungen auf. Die 80 Sicherheitskräfte für die Veranstaltung am Hohenstaufenring werden vom Veranstalter finanziert. Die Kontrolle am Zugang Schaafenstraße werde schwierig. Wer offensichtlich alkoholisiert sei, könne abgewiesen werden. Anderen sehe man aggressives Verhalten nicht im Voraus an.

Herr Weiler, Veranstaltungsleiter Cologne Pride, berichtet, dass der dreitägige Cologne Pride mit vier Bühnen in der gesamten Innenstadt ungefähr das Budget der Ver-

anstellung am Hohenstaufering habe. Er halte eine Bespielung von 150 m mit verschiedenen Szenarien und verschiedener Beschallung in der Praxis nicht für realistisch. In der Umgebung der Schaafenstraße, wo auch viele queere Menschen wohnen, finden an Karneval zu Hause queere Partys statt, wie wolle man das kontrollieren. Zudem gingen viele aus der Altstadt durch die volle Schaafenstraße auf den Ring. Wenn dort abgesperrt sei, gingen die Menschen durch die Schaafenstraße zurück und seien aggressiv. Er kritisiert, dass Frau Oberbürgermeisterin Reker ihm gegenüber auf seine mündliche Anfrage in der Stadtarbeitsgemeinschaft Queerpolitik versprochen habe, dass sie einbezogen würden, dies sei nicht erfolgt. Seitdem es großräumige Absperrungen an der Zülpicher Straße gebe, seien Personen, die die Schaafenstraße durchqueren, äußerst aggressiv. Es würde nicht alles angezeigt, was dort passiere. Er habe Frau Oberbürgermeisterin Reker gesagt, dass er Ideen habe, sei jedoch nicht gefragt worden, obwohl er vom CSD mit einer Million Gästen Erfahrungen habe. Wenn die Veranstaltung am Hohenstaufering von der Politik so und zu dem Preis durchgewunken werde, sei dies ein Skandal.

Herr Eiting, Wirtegemeinschaft Schaafenstraße, verdeutlicht, dass die Jugendlichen oftmals erst wenn sie auf Gäste der Schaafenstraße treffen aggressiv würden und somit vorher nicht herausgefiltert werden könnten. Die Gäste der Schaafenstraße würden seit Jahren bespuckt, bepöbelt, beleidigt, geschubst und geschlagen, was seit der Einrichtung der Absperrungen für die Zülpicher Straße vermehrt vorgekommen sei. Da auf der Fläche am Hohenstaufering ohnehin 4.000 bis 5.000 Menschen stünden, fragt er, was die Entlastung von 2.000 bis 3.000 Menschen für den Grüngürtel bringen soll. Der Safe Space Schaafenstraße werde mutwillig zerstört.

Herr Prof. Dr. Dr. Zöller betont, dass die Problematik seit über 10 Jahren bestehe und nicht durch die Veranstaltung am Hohenstaufering verschlechtert werde. Das sei ein Problem der Stadt.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke stellt die Entwicklung nicht nur in der Masse, sondern auch in der Aggressivität dar, begonnen mit dem normalen Karneval im Veedel Quartier Latäng bis hin zum „Ballermann“. Ihm sei von auswärtigen Besuchern gesagt worden, „in Köln gibt es auf Karneval keine Gesetze“. Trotz der 1.400 Sicherheitskräfte im Quartier Latäng passiere dort viel und es breite sich immer weiter aus. In der Bühne sehe er eine Chance und Barriere, dass die, die sich haben volllaufen lassen, nicht einfach so in die Schaafenstraße gehen könnten. Es müsse zurück zu den kulturellen Wurzeln gehen, weniger sei mehr.

Herr Witt, Polizei, weist darauf hin, dass das Sicherheitskonzept der Polizei am Freitag vorgelegt wurde. Ihn erschrecke, dass man in einer weltoffenen Stadt über safe space diskutieren müsse. Das Falscheste wäre eine Abschließung nach außen, weil dies für die Menschen im safe space ein Einsperren sei. Für Anwohner und Community müsse eine Lösung gefunden werden, dass diese den Bereich betreten können. Aggressivität sei den Menschen oft vorher nicht anzusehen.

Herr Helmers, Polizei Queerbeauftragter, teilt mit, dass die Zahl der Anzeigen sehr niedrig sei. Das Anzeigeverhalten von queeren Menschen bei sog. Bagatelldelikten habe sich deutlich erhöht. Die Bedenken würden in der Betrachtung des Sicherheitskonzeptes beachtet.

Herr Witt Polizei, erläutert, dass die Polizei nur mit Hellfeldstatistiken arbeiten könne, nicht mit Dunkelfeldstatistiken und dem subjektiven Sicherheitsgefühl. Er appelliert, Geschädigte zu einer Anzeige, auch im Nachgang, zu ermutigen.

Auf Nachfrage teilt Frau Günther mit, dass der Hohenstaufering vom 07.02.2024 5 Uhr bis 09.02.2024 15 Uhr gesperrt werden soll mit Halteverbot und kompletter Sperrung im Bereich Lindenstraße Ecke Schaafenstraße bis Schaevenstraße. Die Vordersperre Richtung Rudolfplatz, Rubensstraße, Schaafenstraße Ecke Mauritiuswall und

Rubensstraße Ecke Mauritiuswall, Schaevenstraße Ecke Mauritiuswall sollen am Veranstaltungstag von 5-20 Uhr gesperrt werden. An jeder Straßensperre gebe es Sicherheitspersonal. Es soll keinen Einlass von der Rubensstraße und Schaevenstraße Richtung Hohenstaufenring geben. Die Anwohner sollen über ein Anwohneranschreiben informiert werden, der Veranstalter sei dauerhaft erreichbar.

Herr Weiler appelliert an die Vernunft von Verwaltung und Politik diese Veranstaltung abzusagen. Sie schaffe mit netto vielleicht 2.500 Menschen keinen großen Ausgleich.

Herr Dr. Herrndorf, B90/Die Grünen, entschuldigt sich, dass man es nicht geschafft habe, die Zusage der Oberbürgermeisterin die Community einzubeziehen, einzuhalten. Dies sei schlecht und müsse besser werden. Frühzeitige Gespräche hätten geholfen Irritationen und Misstrauen aus dem Weg zu räumen. Die queere Community auf der Schaafenstraße solle intensiv in den Prozess eingebunden werden. Für die nächsten Jahre wünsche er sich mehr Transparenz und eine Ausschreibung, wenn eine solche Veranstaltung mit 320.000 € von der Stadt Köln finanziert werde. Er bittet den Yitzhak-Rabin-Platz zu schützen, die Beete seien gerade in Stand gesetzt worden.

Herr Polat, SPD, dankt für das Engagement Pläne zu entwerfen aber auch den Blick auf diejenigen zu lenken, die Schutz brauchen. Das Versprechen der Oberbürgermeisterin sei nicht umgesetzt worden, das politische Scheitern der Stadt dürfe die Bezirksvertretung gerade beobachten. Seit Jahren kämpfe die Bezirksvertretung für eine Alternative. Per Dringlichkeitsentscheidung sei etwas präsentiert worden, womit man nicht zufrieden sein könne. Die Beweggründe der Bezirksvertretung seien der Schutz der Uniwiese, der Schutz der Bewohnerinnen und Bewohner des Quartier Latängs. Es gebe nun eine komplette Isolierung des Quartier Latängs auf der Ostseite, die Perspektive der Bewohnerinnen und Bewohner sei zunächst nicht genannt worden, der Zustrom der Besucherinnen und Besucher soll in die Lindenstraße erfolgen. Er weiß nicht, welche Vorteile dies für die Bewohnerinnen und Bewohner bringen soll. Die Uniwiese werde nicht geschützt, weil die vermeintliche Ausweichfläche nicht ausreiche. Er fragt, wozu man dies eigentlich mache und bittet das Ordnungsamt mitzuteilen, warum bisher jede Alternative abgelehnt wurde und nun eine Alternative in einem Hau-Ruck-Verfahren als geeignet dargestellt werde. Für den Schutz der Menschen vor Ort und der Marginalisierten kämpfe die Bezirksvertretung seit Jahren.

Herr Janke, Amt für öffentliche Ordnung, weist auf eine detaillierte Darlegung in vergangenen Sitzungen hin, warum bestimmte Veranstaltungsformate nicht zum Tragen kommen können, im Wesentlichen seien dies Sicherheitsgründe. Das von den Veranstaltern vorgelegte Sicherheitskonzept sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht vollständig abgestimmt, dies sei aber eine Voraussetzung für die Genehmigung der Veranstaltung.

Herr Kölle, Stabsstelle Events, Film und Fernsehen, erinnert daran, dass die Arbeitsgruppen zum Runden Tisch Karneval zu Beginn 2023 eingesetzt worden sind. Er selber habe die Arbeitsgruppe der dezentralen Veranstaltung geleitet. Bis Sommer 2023 konnten Ideen entworfen und danach im Runden Tisch Karneval vorgestellt werden. Im Anschluss daran habe die Verwaltung intensiv daran gearbeitet, mit verschiedenen Ideengebern und Interessenten darüber gesprochen. Am Ende müsse man festhalten, dass es genau einen einzigen Veranstalter mit Konzept gab. Nach dem 11.11. habe man mit Interessenten gesprochen und es habe keiner ein Konzept oder eine Voranfrage gestellt. Die vielen Ideen hätten sich darin erschöpft, dass die Stadt Veranstalter bleibe und man selber als Auftragnehmer tätig werden möchte, mehr sei es am Ende nicht gewesen. Am 19.12.2023 habe man gesagt, dass das Konzept der Grossen von 1823 machbar sei. Die Dringlichkeitsentscheidung sei keine Genehmigung dieser Veranstaltung, mit ihr stelle die Stadt 320.000 € zur Verfügung. Die Entscheidung musste noch 2023 gefällt werden, da die nächste Ratssitzung am 06.02.2024 und die Veranstaltung am 08.02.2024 stattfinden soll. Das Thema Ausschreibung sei unter Einbindung des Rechtsamtes intensiv geprüft worden. Es bedürfe keiner Ausschreibung,

weil es sich hier um eine Förderung nach den allgemeinen Förderrichtlinien der Stadt Köln handele. Es sei allen klar, dass die 7.500 Personen, die auf der Fläche gebunden werden können, noch keine Lösung des Zülpicher Viertels sei. Erstmals habe sich jedoch ein Veranstalter bereit erklärt im Rahmen von Karneval eine eigene Veranstaltung durchzuführen, dafür sei man Herrn Professor Zöller und der Grossen von 1823 sehr dankbar.

Frau Wienke, Die Linke, erklärt, dass es der Stadt zu denken geben sollte, wenn sich nur ein Veranstalter gemeldet habe. Als Mutter eines Jugendlichen lebe man in einer Stadt, die Kinder zu hassen scheine und keine Rücksicht nehme, was man im Verkehr und bei den Schulen sehe. Den Jugendlichen gebe man die Schuld. Auf der Zülpicher Straße sehe man junge Männer ab 20 und nur ein paar Schüler. Die Leute kämen von überall her morgens sturzbesoffen mit den Bahnen nach Köln, weil sie hier machen könnten, was sie wollen. Sie fragt, wie viele Kinder unter 18 dort herumlaufen.

Herr Vinçon, B90/Die Grünen, empfindet ein merkwürdiges, mulmiges Gefühl. Die Stadt sei sonst äußerst vorsichtig und hier müsse, nachdem sich endlich ein Veranstalter gefunden habe, alles ganz schnell gehen. Es werde ein Pilotprojekt mit 7.500 Jugendlichen gemacht und man wisse nicht, was passiere. Wenn z. B. der Eingang Rudolfplatz voll sei, gingen die Ortskundigen über den Durchgang der Stadtparkasse in die Schaafenstraße, durch den Mauritiuswall und wollen durch die Rubensstraße raus. Dies sei nicht möglich, auch die Schaevenstraße sei dicht. Daraufhin drehen sie um und gehen durch den Mauritiuswall zurück in die Schaafenstraße. Werden den Jugendlichen Glasflaschen abgenommen? Wenn sich dies herumspreche, ginge man lieber mit dem mitgebrachten Alkohol auf die Uniwiese. Wie wird das alles kommuniziert? Die Planung sei viel zu kurzfristig bei der Größe der Veranstaltung.

Herr Cremer, SPD, hätte sich eine frühzeitige politische Beteiligung bei diesem Thema mit einer solchen politischen Strahlwirkung mit Entwürfen gewünscht. Unabhängig davon stelle sich die Frage, ob eine größere Ausschreibung hätte erfolgen sollen. Er wünscht für die Veranstaltung viel Erfolg und dass man den jungen Menschen das Brauchtum wieder nahebringen könne.

Herr Leitner, CDU, betont, er verlasse die heutige Sitzung mit einem sehr optimistischen Gefühl. Man habe viele Fragen klären können und sollte dieser Veranstaltung eine Chance geben. Da es um Gelder ging, die mit dem 200-jährigen Jubiläum des Festkomitees zusammenhängen, hätte eine Entscheidung auch aus haushalterischen Gründen noch in 2023 erfolgen müssen und man habe keine Veranstalter nehmen können, die auf dem freien Markt agieren. Es sei innerhalb der Stadtgesellschaft seit über einem Jahr bekannt gewesen, dass Veranstalter mit Konzepten gesucht würden. Er dankt der Grossen von 1823 dafür, dass sie die Veranstaltung durchführen und bedauert, dass andere, als Veranstalter gesucht wurden, so wenig aktiv waren.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke betont, dass bisher kein politisches Gremium eine solche Sitzung wie die heutige ermöglicht habe. Der Rat der Stadt Köln habe sich bis auf kleine Ausnahmen bei dieser Frage immer einen schlanken Fuß gemacht hinter der Verwaltung. Er selber stehe hier vor der Verwaltung. Wenn es im Rat interfraktionell einen Konsens zum Wohle der Stadt gegeben hätte, wäre eine Aktuelle Stunde oder ein gemeinsamer Antrag im Rat mit einem Auftrag an die Verwaltung möglich gewesen.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke dankt den Gästen, der Verwaltung, den Bürgerinnen und Bürgern, den Verbänden für die Teilnahme an der Sitzung und schließt diese.

Hupke
Vorsitz

Brohl
Schriftführung